

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

33 (9.2.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Preis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 S Zustellgebühr; ab 1.50 M in der Geschäftsstelle und in Abgaben 2.- M; am Postkassett 2.15 M, durch den Postboten 2.30 M monatlich. Einzelnummer 15 S.

Ausgabe: Montag mittags; Geschäftszeit: 1/8-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 7spaltige Kolonnezeit oder deren Raum 50 S, Reklamen 1.50 M. — Lokalanzeigen billiger. — Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Uhr vormittags, für höhere Aufträge nachm. zuvor.

Freiwillige Stellung des Genossen Auer.

München, 9. Febr. Erhard Auer hat sich entschlossen, sich freiwillig der Entente zu stellen. Hierzu erklärt die „Münchener Post“: Erhard Auer will der Regierung eine Schwereitsleistung bereiten und hat andererseits die Absicht, durch ein Gericht über sich einmal feststellen zu lassen, was eigentlich an den deutschen Kriegsmethoden sei, denen er als einfacher Soldat folgen mußte und wofür er schuldig war. Auer wird sich sofort zur Auslieferung stellen, sobald er von der schweren Verwundung, die er bei dem Attentat am 22. Februar vorigen Jahres erlitten hat, genesen ist. Ob Auer durch eine Denunziation seiner politischen Gegner auf die Auslieferungsliste gekommen ist oder auf andere Weise, ist ihm dabei völlig gleichgültig.

Die „Frankfurter Tagespost“, unser Nürnberger Parteiorgan, schreibt zur Bereitwilligkeit Auers, sich freiwillig zu stellen:

So spricht und handelt ein Sozialdemokrat. Wie aber handeln die sogenannten Patrioten? Trotzdem Herr v. Bernner in Paris genaue Anweisung vom Minister des Auswärtigen erhalten hatte, die Note der Entente ohne Ausrufung in Empfang zu nehmen und sofort nach Berlin zu leiten, machte er in Paris Politik auf eigene Faust und führte die Schwierigkeiten unter denen das deutsche Volk mehrmals schon gelitten, noch höher hinauf. Bernner hat genau gewußt, daß er zur Übernahme der Entente-Note in Paris sah. Wenn er sich dieser Aufgabe nicht gewachsen fühlte, hätte er das als aufständiger und ehrlicher Mann vorher sagen müssen. Durch sein provokatorisches Auftreten hat er den Weg zu einer Verständigung bedeutend erschwert. Denn wie italienische, englische und auch amerikanische Zeitungen übereinstimmend erklären, ist man in ihren Ländern von der Auslieferungsnote keineswegs erbaut und viele Stimmen melden sich, die in Paris auf die schwerwiegenden Folgen des Beharrens auf der Auslieferung aufmerksam machen und vermittelnd eingreifen wollen. Nach einer weiteren Meldung aus Basel nahm man den Vorschlag der deutschen Reichsregierung, die Aburteilung der Auszuliefernden durch einen neu-

tralen Gerichtshof, etwa durch die Schweiz, in den Pariser Konferenzkreisen günstig auf.

Diesen zur Verständigung mahnenden Stimmen ist durch das Auftreten Bernners und der in Szene gesetzten alldutschen Propaganda die vermittelnde Tätigkeit ungemein erschwert, wenn nicht gar abgebrochen worden.

Ruhige Überlegung und nüchternes Urteil ist das einzig Richtige in dieser für uns so kritischen Situation.

Während unser Genosse Auer, trotzdem er ein schwerkranker Mann ist, sich der Entente zur Verfügung stellt, erklärten die Generale von Bülow, Hindenburg und Ludendorff, daß es mit der Ehre eines deutschen Mannes nicht vereinbar sei, sich freiwillig zu stellen. Viele Arbeiter haben dieser Rede gefragt, ob die alldutsche und deutsche nationale Presse auch solche Protestationen ins Leben rufen würde, wenn es sich um 800 Arbeiter handeln würde. Als die Entente verlangte, daß hunderttausende deutsche Arbeiter in Nordfrankreich das wieder aufbauen sollen, was dort mutwillig zerstört worden ist, wo waren da die deutschen nationalen Blätter?

Daß das Verlangen der Entente roh und brutal ist, daß es unmöglich ist, die Auszuliefernden durch Deutsche nach Paris zu transportieren, haben wir bereits klargestellt. Aber über dem Wohl und Wehe des Einzelnen steht das Leben des deutschen Volkes. Hätten die Friedensratgeber der amerikanischen Präsidenten Wilson 1916/17 nicht so brüsk von der Hand gewiesen, so brauchte das deutsche Volk die schwere Leidenzeit nicht durchzumachen. Aber auch jetzt noch können gerade diejenigen, denen das Volk die Schuld am Elend zumißt, zeigen, daß sie wahre Patrioten sind. Sie brauchen nur den Weg zu gehen, den unser Genosse Auer ihnen durch sein mutiges Verhalten weist. Sie würden damit dem deutschen Volke, den 400 000 Kriegsgefangenen, die mit ihren Angehörigen der Verzweiflung nahe sind, einen großen Dienst erweisen und zugleich auch vor aller Welt dokumentieren, daß auch sie zu dem fähig sind, was Millionen einfache Soldaten mit dem Tode bewiesen haben: sich für das Vaterland in die Schanze zu werfen!

In voller Krise.

Die Auslieferungsliste mit der Auslieferungsforderung ist überreicht worden. Das Damoklesschwert, das an einem Faden über dem Kopfe des jungen Friedens hing, ist niedergefallen.

Warum soll man eigentlich nicht diese 800 Leute ausliefern? Reicht es sich, ihrerwegen das Schicksal eines 60 Millionenvolkes aufs Spiel zu setzen? Zurückhaltung der Gefangenentransporte, neue Blockade, feindlicher Einmarsch ins Ruhrrevier zu riskieren? Wenn nicht alle 800 schuldig sind, so sind doch gewiß eine Menge ausgefuchter Kriegsverbrecher darunter, denen man die Strafe von Herzen gönnen kann. So argumentieren die Unabhängigen, und die Kommunisten gehen noch einen Schritt weiter. Sie sprechen ihre Freude darüber aus, daß die Kriegsverbrecher an französischen Galgen hängen würden, die dem deutschen Proletariat in der Revolution seine historische Pflicht verjähren hätte, sie an deutsche Galgen zu hängen. Die französischen und englischen Imperialisten, die jetzt die Mäde an den deutschen Kriegsverbrechern vollziehen, seien Werkzeuge, wenn auch unwürdige Werkzeuge der Mäde des deutschen Proletariats an seinen Verdrückten.

Dieses oberflächliche Geschwätz abzutun, erfordert wenig Mühe. Man braucht nicht darüber zu streiten, ob die Auslieferung der Kriegsschuldigen wünschenswert oder erträglich wäre, wenn man von vornherein feststellt, daß sie undurchführbar und unmöglich ist. Der Freiherr v. Bernner, der sich geweiht hat, auch nur die Auslieferungsliste nach Berlin zu übermitteln, ist ja nur das erste Beispiel. Unter hundert Menschen, die aufgefordert würden, irgend einen dienlichen Schritt zur Durchführung der Auslieferung zu tun, würden 99 lieber ihr Amt opfern, als ihre Ehre, die ihnen verbietet, Schergen der Sieger zu werden. Reichswehr, Polizei, Gerichte, Parlament, Parteien und Diplomatie würden allesamt jedes aktive Mitwirken bei der Auslieferung ablehnen, und jede deutsche Regierung, die sie durchzuführen versuchte, würde bald hinweggefegt werden. Gegen ein solches allgemeines Volksempfinden kann am allerwenigsten in einem demokratischen Staate regiert werden. Die Auslieferung ist unmöglich.

Aber die Unmöglichkeit der Auslieferung beruht gerade darauf, daß sie in höchstem Maße ungerecht ist. Hätte Deutschland zufällig gefeigt, wären die, die jetzt als Verbrecher ins Zuchthaus wandern sollen, die gefeierten Helden. Es ist ein sehr gesundes Empfinden, das sich dagegen sträubt, daß die französischen und englischen Kriegsverbrecher Dotationen, Orden und Ehren in Hülle und Fülle erhalten und daß ihre deutschen Tat- und Standesgenossen ihren siegreichen Kameraden ausgeliefert werden. Ein gerechtes Gericht über alle Schuldigen wäre ein hoher moralischer Fortschritt. Aber bloß die Tatsache des Sieges zum Ruhme der einen und zum Verderb der anderen werden zulassen, ist eine Barbarei, die seit den Zeiten des alten Rom nicht dagewesen ist.

Zudem besteht nicht die geringste Garantie, daß die blindwütige Entente sich wirkliche Kriegsverbrecher ausgefuchst hat. Daß auch Sozialdemokraten auf der Liste stehen würden, war von vornherein anzunehmen. In der Tat folgt gleich auf den Herzog Albrecht von Württemberg der Genosse Erhard Auer, der frühere hayerische Minister des Innern, der nach langer Krankheit infolge des Rindner-Attentats jedoch wieder ins politische Leben zurückzukehren bereit war. Ihm haben die Unabhängigen nachgesehen, er sei als Wirtschaftsunteroffizier in Aushaus reich geworden und diese schamlose Verleumdung hat genügt, um ihm einen Platz auf der Auslieferungsliste zu sichern. Das weitere werden die französischen Kriegsgerichte schon besorgen. Welcher unserer Parteigenossen würde die Hand dazu bieten, die führenden Sozialdemokraten, deren Unschuld und Charakterreinheit ihnen genau bekannt sind, dem nachgerigigen Feind in die Hände zu liefern? Wo immer sich Häher finden würden, würden sich entschlossene Männer um den Verbotenen scharen und nur über ihre Leide den Weg zu ihm freigeben.

Die Auslieferung wird also nicht erfolgen, wenigstens nicht durch uns. Was aber dann? Wir wissen es nicht, wir sind wieder in voller Krise. In einer schweren inneren Krise: die Vertretung wird verringert, verächtlich, verteuert. Man schimpft deshalb auf die Regierung. Aber selbst im siegreichen Frankreich muß in demselben Augenblick der Wrotpreis verdoppelt und das Brot zugeteilt werden, was während des ganzen Krieges nicht notwendig geworden ist. Wir sind auch in einer schweren äußeren Krise, welche durch die Auslieferungsforderung hervorgerufen ist. In wenigen Tagen kann vielleicht all unser Bemühen um Deutschlands Wiederaufrichtung gescheitert sein und das Chaos hereinbrechen. Aber noch ist es nicht so weit. Noch haben wir die Hoffnung, daß die Jemde einlenken und einen friedlichen Ausweg lassen werden. Die deutschen Noten haben die Mittel dazu in breiter Fülle aufgewiesen. Noch müssen wir deshalb in der Gewißheit leben, daß, wenn der siegreiche Feind uns nicht mit Gewalt vernichtet, wir durchkommen können und durchkommen werden. Im Arteepe hier das später verdünnte Wort: Durchhalten! Das war im letzten insofern eine schwere Gefahr, als nach jeder glücklichen umschiffenen Krise des Zusammenbruchs die allgemeinen Zustände naturgemäß immer ungünstiger und schlechter werden müssen. Die Erholung geht viel langsamer, aber wir wissen wenigstens, daß, wenn wir jetzt die Krisen überwinden, es allmählich wieder leichter und menschlicher werden muß. Darum müssen wir den Kopf oben behalten, so lange uns noch ein Schimmer von Hoffnung bleibt, daß die Sieger nicht entschlossen sind, Deutschland um jeden Preis völlig ruhrade zu richten.

Zur Auslieferungsnote.

Berlin, 8. Febr. Die gestrigen Besprechungen zwischen den Fraktionsvorsitzenden und der Reichsregierung werden heute fortgesetzt. Auch der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten wird heute Nachmittag zusammentreten und an seinen Beratungen wird der deutsche Geschäftsträger in Paris Dr. Mayer teilnehmen.

Daß eine Antwort von deutscher Seite auf die Note, die mit der Auslieferungsliste überreicht und deren Empfang vom französischen Geschäftsträger bestätigt worden ist, schon in den nächsten Tagen erteilt wird, ist unwahrscheinlich. Man wird vielmehr abwarten, bis die Ententennote-Antwort auf die deutsche Note vom 25. Januar eingegangen ist. Diese Antwort ist, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung meint, vor Ablauf einer Woche kaum zu erwarten.

In der „Kreuzzeitung“ liest man: Was die Herren in Paris uns zu bieten wagen, geht aus daraus hervor, daß sie die Verschuldigungen nur in ganz allgemein gehaltenen Redensarten erheben. Man stelle sich einen Mann vor, wie Hindenburg unter Anklage, die Verschönerungen in Frankreich veranlaßt zu haben und man wird erkennen, was es mit den übrigen Verschuldigten auf sich hat.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird zu der Frage Stellung genommen, was das Volk von der Regierung erwartet. Auf der rechten Seite heißt es: Festigkeit, kein Umsinken! In einem allerdings muß die Regierung festbleiben, und darin muß sie das Volk überzeugen, in ihrem Vorhaben vom 25. Januar, in dem der Weg zu einer Lösung der Auslieferungsnote gewiesen sei. Die Regierung dürfe keinen Augenblick die Existenz des 28. Vergeben und müsse stets angesichts der empfindlichen Lage auf ihrem vertretenen Standpunkte bleiben, d. h. nicht Verleugnung, nicht Abänderung, sondern Revision des Friedensvertrages. Die Liste habe nochmals den ganzen Grund des Krieges aufgerissen. Die begleitenden Briefe hätten gewiß Bedenken innerhalb der Ententestaaten setzen lassen. Die Antwort und die in ihr enthaltenen Vorschläge müßten über das Maß und die Schwere der Entente hinausgehen, in der allein ein Rechtspruch erwartet werden könne.

Die deutsche nationale Fraktion verlangt die Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 9. Febr. Die in Berlin anwesenden Mitglieder der deutsch-nationalen Fraktion beschloßen einstimmig, aus Anlaß des Auslieferungsnotebegehrens die Einberufung der Nationalversammlung zu fordern.

Englands Stellung. — Stimmungen bei den Franzosen.

Bern, 9. Febr. Die am Samstag eingelaufene Meldung, Lloyd George habe unter dem Einfluß der in gewissen englischen Kreisen vorherrschenden Ansicht seine Meinung geändert und dem Pariser Amt mitgeteilt, er betrachte sich in der Auslieferungsnote nicht mehr solidarisch mit der französischen Regierung, werden von heute vorliegenden Nachrichten als überholt bezeichnet. Wenn ein Pariser Drahtbericht der „Gazette de Lausanne“ die Situation richtig schildert, hat Lloyd George am Freitag abend der Vorkonferenz den neuen Standpunkt der englischen Regierung selbst dargelegt. Wenn trotzdem im Anschluß an diese Konferenz von der Agence Havas gemeldet wurde, die Liste der Verschuldigten sei nicht geändert worden und werde in ihrer ursprünglichen Zusammenstellung der deutschen Regierung überreicht werden, so ist dies nach dem Gewöhn-

lichem der „Gazette de Lausanne“ auf die inzwischen bekanntgewordenen Ausführungen der Londoner „Times“ zurückzuführen, die energisch verlangte, daß die Regierung auch in der Auslieferungsnote sich mit Frankreich solidarisch erklären müßte. Die Furcht vor dem maßgebenden Einfluß der „Times“ hat Lloyd George dann zu einer neuen Veränderung seines Standpunktes veranlaßt. Die große Mehrzahl der Franzosen würde es lieber sehen, wenn anstelle dieser Aburteilung die Friedensgarantien verbessert und beispielsweise die deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich, die für Frankreich eine Lebensnotwendigkeit bilden, vermehrt würden.

Nach dem „Matin“ sind die Alliierten in Bezug auf ihre Haltung im Falle einer Weigerung Deutschlands verschiedener Meinung. Das Blatt sagt: Es wäre gefährlich, das zu verheißeln, weil die Rekläre der englischen Presse nach dieser Richtung lehrreich sei. Bruce sagt im „Journal“, die Entschlossenheit Millierands habe einen nicht wieder gutzumachenden Fehler vertrieben, der ein Zurückweichen vor einem einmal angekündigten Widerstand gewesen wäre und nicht einmal offiziell bestritten sei. Das sei ein bedeutendes Ergebnis; denn eine Kapitulation dieser Art hätte den Vertrag alt verurteilt. Es sei aber doch nur ein relatives Ergebnis. Die Schwierigkeiten seien nur aufgeschoben. Der englische Einwand werde wieder erscheinen, wenn die deutsche Antwort die Alliierten vor die Notwendigkeit stelle, Entschlüsse zu fassen. Dann müsse man die Energie und den Scharfsinn verdoppeln.

Beschlüsse des Obersten Rates.

Paris, 8. Febr. Der Ministerpräsident gibt die Beschlüsse des Obersten Rates über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit den russischen Konsumorganisationen bekannt, die die Wiederaufnahme der Ausfuhr der Manufakturwaren bewirkt, wobei selbstverständlich ist, daß diese Maßnahme nicht die Wiederaufnahme der Beziehungen mit den Sowjets einschließt und daß diese Sendungen nicht der Versorgung der Armeen dienen. Wenn solche tatsächlich beabsichtigt werden sollten, so würden die Sendungen sofort eingestellt. Millierand versichert, daß die Alliierten alle Sendungen an die Konsumgenossenschaften überwachen und sich der Tatsache bewußt bleiben werden, einer Regierung gegenüberzutreten, die sich weigert, die allerreinlichsten internationalen Bedürfnisse anzuerkennen. — Ich gebe mit der größten Willen und mit unerschütterlicher Kraft an die Durchführung des Friedensvertrages von Versailles. Der Ministerpräsident stellt fest, daß Deutschland keine Anstalten getroffen habe, die jährlich zu liefern 27 Millionen Tonnen Kohlen zu liefern. Und trotzdem verbrauchen die Deutschen mehr Kohlen zur Heizung als die Franzosen. Das ist ein Zustand, den wir nicht annehmen können. Sodann gibt der Präsident die Mittel bekannt, die vorgesehen sind, um von Deutschland die Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages zu erreichen. Ich warte den gegebenen Augenblick ab, mich aller Mittel zu bedienen, die mir der Vertrag in die Hand gibt, und ich erkläre von hier aus ohne irgend welche Drohung, lediglich, damit die Dinge klar und wohlverständlich seien, daß wir von Deutschland nichts zu fordern gedenken, was von ihm nicht kraft des Friedensvertrages hätte gefordert werden können. Es ist immer es sein möge, dieses werden wir fordern. Um es zu erhalten, werden wir zu allen vertraglich vorgesehenen Mitteln greifen. Nach den Erklärungen Millierands wurde die Sitzung auf einige Augenblicke unterbrochen. Nach der Wiederaufnahme verlangten mehrere Abgeordnete, nähere Angaben, über gewisse Punkte der Erklärungen Millierands. Sodann folgte die bereits gestern gemeldete Abstimmung.

Seite 8.
8 Uhr.
4 Uhr.
den
abend
und
loge.
hen
emie
1642
auf bel
a und
kasse.
1920
al
ner
be.
1658
erband
halb 7 Uhr
lung
106
General
sammlung.
nur nach
waltung.
ten und
s., abenda
amstraße 1
itten von
orland.
ruhe
1920
alg
schland
1671
— M.,
teuer),
Müller
es or-
ango-
schaf-
teiler-
Sitz-
t
e.V.
im
statt.
1684
frei!

Politische Uebersicht.

Höhere Kornpreise — höhere Löhne.

In Mecklenburg-Schwerin streiten sich Landarbeiter und Landwirte um die Lohnfrage. Von den 65000 Landarbeitern sind 30 000 organisiert und nicht mehr mit den bisherigen Verträgen und Lohnsätzen einverstanden. Zwischen der Gewerkschaft des Landarbeiterverbandes und dem Landesverband der mecklenburgischen Landwirte sind Verhandlungen im Gange. Die Unternehmer sind nicht abgeneigt, Lohnsteigerungen zu bewilligen, vorausgesetzt, daß die Reichsregierung ihre Zustimmung zu der Forderung nach höheren Getreidepreisen gibt.

Nach den Forderungen der Arbeiter würde die jährliche Arbeitszeit 2700 Stunden betragen. Der Freiarbeiter soll einen Stundenlohn von 1,80 M erhalten, wogegen für Verheiratete während der Erntezeit ein Fuder Heu und Stroß kommt. Außer den üblichen Sachleistungen ist für den ortsanfässigen Arbeiter 41 Zentner Korn und für die Arbeitslosen 20 A vorgelesen. Danach würde sich das Einkommen auf rund 4300 M stellen. Die Gutshandwerker sollen pro Tag 1 M mehr bekommen, die Hammer- und Stellmacher außerdem ein Werkzeug-Geld. Für ortsanfässige Frauen wird ein Stundenlohn von 75 A und für auswärtige ein solcher von 85 A verlangt. In der Zeit der letzten Kartoffelernte wurde bereits 1 M bezahlt. Der Lohn für Anechte soll im 14. Lebensjahre 400 M betragen und sich bis zum 20. Lebensjahre auf 1300 M steigern, für die Dienstmädchen ist der Lohnsatz in allen Jahresklassen um 100 M niedriger. Für jugendliche Arbeiter ist der Lohn ähnlich denen der Anechte und Dienstmädchen. Für Kost und Unterkunft werden pro Tag 4 M zugewilligt.

Diese Ansprüche könnten die mecklenburgischen Agrarier ohne langes Zögern bewilligen — wenn sie nur wollten. Längst schon haben sie sich die hohen Preise für Vieh und landwirtschaftliche Produkte zu Nutze gemacht und über ihrem eigenen Wohlleben sogar ihre Güter vernachlässigt.

Merkwürdige Vorgänge bei einem Gefangenen transport.

Bern, 8. Febr. In Basel traf am Donnerstagabend ein aus 1000 Personen bestehender Transport deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich ein, der den Schweizerischen Behörden als Transport polnischer Arbeiter übergeben und als solcher von der Schweiz zur Weiterführung nach Polen über Oesterreich übernommen wurde. Soweit die bisherigen Feststellungen ein Urteil gehalten, handelt es sich um deutsche Kriegsgefangene, die sich teilweise den französischen Behörden gegenüber als Polen bezeichnet hatten, vermutlich um hierdurch eine Vorzugsbehandlung zu erlangen. Bei ihrer Ankunft in Basel beweiserten die Leute die Weiterfahrt, bezeichneten sich als Reichsdeutsche und verlangten nach Deutschland entlassen zu werden. Bei der Fahrt von Basel an die österröichische Grenze verhielten sich 60 von ihnen den Russen. Ein Teil wurde wieder zurückgebracht, während die andern entkam. Voraussichtlich werden die entkommenen Personen von der Schweiz den deutschen Behörden in Penzance übergeben werden. Der genaue Sachverhalt wird von der deutschen Gesandtschaft im Einvernehmen mit der schweizerischen Regierung festgestellt werden.

Die Kämpfe mit den Bolschewisten.

London, 8. Febr. Ein Bericht des Kriegsministeriums vom 3. Februar über die Lage in Südrußland meldet: Die bolschewistischen Angriffe längs des Don und des Marsch halten an. Es gelang den Bolschewisten, auf dem linken Ufer des Marsch bei Marietzn Fuß zu fassen. Sechs weitere Uebergangsstellen wurden abgeschlagen. Zwischen dem 28. und 31. Januar erbeuteten die Truppen Desnikins vier Kanonen, 260 Maschinengewehre und 4000 Gefangene. Die Bolschewisten haben nach lebhaften Kämpfen Totafos und Chonaa besetzt, wurden aber in die Dofilos des Kaukasus zurückgedrängt und mußten 600 Gefangene zurücklassen. Der Vormarsch der Bolschewisten in der Gegend von Oessa dauert an.

Badische Politik.

Ein konservatives Urteil über unsere Studenten.

Angefaßt der jetzt wieder bevorstehenden Tagelohn, daß die Studentenchaft durch deutschnationale Kreise in zunehmendem Maße verkehrt wird, ist erwähnenswert, was der Herausgeber der „Süddeutschen Konversations Correspondenz“, Herr Adam Röder, der sich im Rahmen der konservativen Anschauungen eigene Ansichten geäußert hat, in seiner neuen Schrift „Der deutsche Konservatismus und die Revolution“ über das deutsche

Schorf's Wahlrede.*)

Von Ferdinand Madlinger.

Schon in gewöhnlichen Zeitläuften fehlte es in Steinach nie an Heibereien zwischen den verschiedenen Parteien. Wenn aber gar Land- oder Reichstagswahlen am politischen Himmel heraufgezogen, dann steigerten sich diese Zwistigkeiten zu wilden Kämpfen.

Nach bewährtem Verfahren führten die Steinacher den Wahlkampf rein persönlich. Das ist leichter und wirft die Politik auch für den Gleichgültigen und Fernstehenden. Es kümmert die Wählerchaft eines rein ländlichen Wahlkreises weit weniger, wie sich ein Gegenkandidat zu „en großen Fragen der Zoll- und Weltpolitik, als wie er sich zu den hübschen Mädchen der Umgebung und zum Weib seines Nächsten stellt.

Denn eine Partei, die das unerhörte Glück hat, dem Gegner eine sträfliche Schwäche für das schöne Geschlecht nachweisen zu können, wäre es auch aus noch so weit zurückliegender Zeit, die hat bei einem richtigen Bauer- und Dienstmädchen Oberwasser. Der unerborene Sinn des Volkswertes weilt mit loblicher Strenge über das sittliche Wohlverhalten der Andern.

Aber auch das sonstige Verhalten der politischen Gegner wurde in Wahlzeiten daraufhin geprüft, ob es nicht agitatorisch anzuschlagen war, und man stempelte jede an sich unbedeutende Handlung zum Ausdruck eines politischen Grundsatzes, dem man mit den schärfsten Waffen müsse zu Leib rücken.

Wenn jemand zum Weser sein Vireil Rimbürger in Pfannfuchs Warenhaus holte, anstatt beim ortseingewohnten Krämer, so lieferte diese rachsüchtige Tat dem gegnerischen Redakteur den Stoff zu einem hitzigen Kampfabdruck mit der Ueberschrift: „Seltene Freunde des Mittelstandes.“ Er gab darin den Sünder der allgemeinen Verachtung preis und gelangte mit einigen logischen Vorwürfen zu der

*) Aus „Steinacher Zeitung“, Meinstadtgeschichten von Ferdinand Madlinger.

Studententum schreibt. Nachdem er festgestellt hat, daß der preußische Leutnantsstand die feineren Sittlichkeit der Jugend herabdrückt hat und den Meist unmittelbarer Empfindungen selbst im Säulen verschüttete — das Gesicht der jungen Leute wird von der Dominanz des persönlichen Auftretens — äußert er sich über das Studententum wie folgt:

„Unter dem Einfluß des Leutnants stand besonders der Student. Das studentische Leben — wovon es sich um den Verbindungstudenten handelt — wurde militarisirt. Disziplinmächtig zu gründen, die Gaden zusammenzuschlagen, den hochmütigen Anstandsweisen, war Vorchrift. Der Geist der tairischen Hyperfeudal. Ein Ehrenwort haben, streng genommen, nur der Leutnant und der Verbindungsstudent. Die Verpöschung von Leutnants- und Studententum hat in den letzten Jahren vor dem Krieg immer mehr zugenommen zum Schaden des idealistischen Geistes in der deutschen Jugendwelt. Eine übertriebene Betonung alles Aeußeren war die Folge des immer stärker werdenden militärischen Einflusses. Disziplin hatten wurde zur Parole.“

Daß die Verpöschung von Leutnants- und Studententum während des Krieges nicht abgenommen, sondern zugenommen hat — spielte doch die Mehrzahl unserer heutigen Studenten als junge Vorkämpfer die „Offiziere“ unserer alten Leute — ist eine notorische Tatsache, auf der ein großer Teil unserer heutigen innerpolitischen Zerrissenheit beruht. Mit dem konservativen Herrn Adam Röder muß man daher nur wünschen, daß man mit diesem Ueberbleibsel des Leutnantsstandes je eher je besser aufräumen möchte. Daß sich Militär- und Studenten über Haare, für alle gültigen Vorschriften des Gesetzes hinwegsehen dürfen, ist unterm sittlichen Gesichtspunkt ein Standesduell und Verwund durch Gesetz verboten und doch wird dieses Gesetz bewahrt und im Gurreisil überbeten. Hat sich doch sogar im badischen Landtag ein „positiver“ Geistlicher gefunden, der die Verwund verteidigte, ein krauses Beispiel dafür, wie die militärische Suggestion die Sinne für die normale Sittlichkeit rechtlicher Begriffe abgetümpelt. Dieser „positive-Geistliche“ Geistliche ist politisch ein ausgesprochener Abwehrer, denkt im Geiste des Militarismus und redet in der Terminologie des „Bourgeois“, der das ganze Weltrechtum mit der pragmatischen Sentenz des „Rommerts“ zum Teufel jagt.

Daß diese Verlegung eines Konservativen auf die Studententum und auch auf den „positiv-Geistlichen“ Geistlichen großen Eindruck machen wird, bezweifeln wir, nachdem diese aus dem Weltkrieg und seinem Ausgang so wenig Belehrung schöpfen. Zu wünschen wäre jedoch, daß die Regierung und insbesondere die Interieur- und Justizministerien diese konservativen Lehren durch entsprechende Maßnahmen beherzigen.

Zum Wiederzusammentritt des Landtags. Der Landtag wird in der zweiten Hälfte dieses Monats, voraussichtlich am 16. Februar zusammentreten und sich mit der Beratung des sechsten und achten Nachtrags zum Staatsvoranschlag beschäftigen. Die beiden Nachträge werden schon in den nächsten Tagen dem Haushaltsausschuß zur Vorberatung zugehen. Der sechste Nachtrag zum Staatsvoranschlag enthält einige Anforderungen für Personal-aufwendungen, die z. T. mit der Ueberführung der bad. Staatsbahnen an das Reich im Zusammenhang stehen. Der achte Nachtrag soll die nötigen Anforderungen enthalten, die sich aus der notwendig gewordenen Erhöhung der Feuerungsabgaben für die staatlichen Beamten und Arbeiter ergeben. Nach dem bad. Verwaltungsrat hat dabei auch eine vollständige Umgestaltung der Feuerungsabgabe für die Industrieempfänger und Hinterbliebenen der Verstorbenen. Außer der Verabreichung dieser Nachträge dürfte der Landtag noch ein Gesetz über Änderungen des Gehaltstarifs beschließen, durch das die Gehälter des Gehaltstarifs von 1903 ausgedehnt werden sollen. Voraussichtlich werden die Abgeordneten die auf 19. angelegte Parität-Aufführung im Landeshauptstadt besuchen. — Auch der Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung tritt in dieser Woche zusammen, um die Beratung über das Landwirtschaftskammergesetz fortzuführen.

Die bad. Landwirtschaftskammer hält am Donnerstag, den 12. Febr. in Sitzungssaal der früheren I. Kammer eine außerordentliche Vollversammlung ab, die sich u. a. mit dem Abbau der Zwangswirtschaft und mit der Forderung der Preise für die Pferde und Vieh an den Feindbund beschäftigen wird. Ferner soll in der Sitzung Stellung genommen werden zu dem Vorgehen der Handelskammern gegen die Selbstverwaltung der Landw. Erzeugnisse durch die Landwirtschaftskammer.

Ernennung. Zum Ministerialdirektor im Justizministerium ist anstelle des kürzlich in den Ruhestand getretenen Geh. Rats Duffner das Mitglied der Zentrumsfraktion des badischen Landtags Ministerialrat Dr. Bernauer ernannt worden.

überwältigenden Folgerung, daß der Kandidat einer Partei, die solche Leute zu ihren Anhängern zähle, unmöglich befähigt sein könne zur Bekleidung des höchsten Ehrenamtes, das vom Volke zu vergeben ist.

Jeder Nachbar wurde scharf befehlt, ob er sich durch Wort oder Tat als Freund oder als Feind zu erkennen gab, und mancher erjährte nicht schlecht, wenn ein harmlos gemeintes Scherzwort, das er am Bierisch fallen ließ, den Weg in die feindliche Zeitung fand, die ihm daraus einen Strich drehte, mit dem sie seine Ehre als Mensch und Staatsbürger erdroffelte. Der Zuträger und heimlichen Schutze waren gar viele, und der ewige Zeitungskrieg zog die verborgenen Talente ans Licht. Manah einer stolzierte breitbrüchig daher und blähte die Brust im brechtigen Stolz, der Anonymus eines gefäßigen Eingeladts zu sein, das die Gegner vor Wut ausschreien machte.

Am Herrentisch im Nebenzimmer des „Jähringer Hofes“ fanden diese erbitterten Kämpfe auch ihren Widerhall. Hier bildeten sie freilich nur den Unterion der politischen Gespräche, denen die höhere Bildung und der gute Ton eine wohlbedachte Grenze zog. Man besprach die Medien und Artikel auch der gegnerischen Kandidaten mit gewinnender Hochachtung und verbindender Objektivität, denn man wollte doch der Statuten der „icht in seinem Innersten treffen und die Gemüthsheit der Abendstoppeln treiben.

Mitglieder aller Parteien nahmen Teil an diesem Kämmerchen der besseren Leute Steinachs. Die Parterre Bekennnisse, der streng konservativ denkende Herr Obrantmann mit seinem Stab von Assessoren und Praktikanten, die fortschrittlichen Volks- und Realchullehrer, die bündelreichen Stadt- und liberalen Fabrikanten und sogar ein paar mittlere Beamte, die man im — hoffentlich grundlosen — Verdacht der geheimen Mittäuferschaft mit der Sozialdemokratie hatte.

Jeder kannte des andern Ueberzeugung, aber man achtete sie oder lat winigstens so. Man unterordnete seine politischen Gesinnungen den höheren Zwecken der Statinnigkeit und des Dämmerschoppenriedens.

Der studentische Antijemitismus.

Von einem badischen Universitätsprofessor mit uns gezeichnet:

An der technischen Hochschule Karlsruhe, an der einst für die drahtlose Telegrafie schuf, an der jüngst F. Haber ebenfalls jüdischer Abstammung, die Drahttheorie des Ammoniak fand und damit erst eine ausgebreitete Salpeterdarstellung in Deutschland ermöglichte, hat in den letzten Wochen die Meicheit der Studentenschaft die Berufung eines Professors mit jüdischem Namen verhindert. Der Studentenausschuß drohte brieflich dem Berufenen mit dem Verlesungsboykott und wollte, nachdem die Ablehnung, wie es sehr heißt, ganz aus persönlichen Gründen erfolgt, der Regierung nicht zugeben, daß dies Vorgehen unbedachtigt war. Der angebrohte Streit hat mit einem „Sieg“ des Ministeriums gendete; die dann folgende Berufung wird den Studierenden, welche die vom Volk bezahlte Hochschule als ihr Eigentum betrachteten, kaum Anlaß zu erneutem Protest geben. Damit wird für die Regierung die Angelegenheit erledigt sein. Doch für die Arbeiterparteien verlohnt sich bei diesem Anlaß einen Blick auf die Stimmung an den Hochschulen, die Bildungshäute der künftigen Industrielleiter, der Ingenieure und Techniker, der Lehrer und Beamten, zu werfen.

Die heutigen Studierenden, die künftigen Techniker, empfinden insgeheim jämmerlich, daß sie nicht mehr gesellschaftlich turmhoch über dem Fabrikarbeiter stehen werden, daß die Einkommensunterschiede sich verringert haben. Die Universitätsstudien, Söhne der feudalen, halbfeudalen und vornehmhaltigen Familien sind enttäuscht, daß ein unstudierte Reichsangler, ein Dirich, der nicht einmal Dr., preussischer Ministerpräsident wurde, Sie und die links Ihnen stehenden gelehrten und ungelehrten deutsch-nationalen Dozenten, hielten den Juden Eisener, der bei der ersten Entthronung, der der Mittelbacher, voranschritt und damit die Abschaffung der Monarchie und vor allem auch vieler höherer Orden, Ziel und einträglich rezevierter Posten einleitete. Die Herren Studenten hätten es für ein ihnen persönlich zugefügtes Unrecht, daß ein ärmlischer Schmidt oder Cohn, wenn er tüchtig ist, annähernd dieselben Ausichten auf eine gutbesoldete angesehenen Stellung haben soll wie sie selbst. Daher ist die reaktionäre Gesinnung und die Judenhetze dieser Kreise nicht verumderlich zumal da die Kriegskosten weber auf die Feinde, noch, infolge der Revolution, ganz auf die deutschen Arbeiter und Bauern abgedrückt werden können. Der Antisemitismus gilt den deutsch-nationalen Studenten als Kampfmittel und ist aber vor allem dadurch begründet, daß unter den sozialistischen Führern viele jüdische Akademiker sich finden.

Lehres ist zwar leicht erklärlich. In der bescheidenen Klasse die ihren Söhnen höhere Bildung geben kann, gelten die jugendlichen Juden nicht als gesellschaftlich vollwertig. Dadurch wurde letzteren häufiger als nichtjüdischen Akademikern, im ganzen aber auch nur in kleiner Zahl, Verständnis für die Forderungen der unterdrückten arbeitenden Klasse eingeschämert. Wegen sie, die jüdischen Ueberläufer von der Bourgeoisie zur Arbeiterpartei, richtet sich eigentlich der Born der reaktionären Studenten. Doch würde festhalten, wer die Gesinnung der ganzen Studentenschaft nach den lauten deutsch-nationalen Schreien beurteilen wollte. Unter den badischen Studierenden in Baden sind viele wirkliche Demokraten, demokratische Sozialisten, gelegentlich auch Sozialisten; sie kommen aus Familien kleiner Beamten, Angestellten, Lehrer, Gewerbetreibenden usw., die selbst Halbproletarier waren. Allerdings, die Hauptmasse der heutigen Studierenden in Karlsruhe und anderwärts stellen die wohlhabenden Familien, insbesondere Norddeutschlands, proletarische Studenten sind trotz aller Verfassungsbestimmungen sehr selten. Studentkolleg sind nur verschwindend wenige befreit; Solange ob-r das Studium ein Privilegium der Reichen bleibt und das ist es bei den heutigen Preisen und den kommenden Kollgeldern noch mehr als früher, solange auf diese Art die Söhne und Töchter des Volkes nicht rechtlich aber tatsächlich von den Hochschulen ausgeschlossen sind, solange Männer sozialistischen Denkens von den Professoren der Weltanschauungsfächer ferngehalten werden, solange die deutsch-nationale Partei Reichser und Hörsaalherrscher beherrscht, wird bei den Studierenden und damit in den künftigen Führern, Kreisen der deutschen Republik die reaktionäre, antisoziale Gesinnung Trumpf sein. Daß die Denkart einige antisemitische Knospen treibt, ist nicht verwunderlich und eigentlich nebenächlich.

Eine Ausnahmestellung nahm nur der Gastwirt selber ein, insofern als er politisch allen ein Rästel war. Er war vor einigen Jahren aus der frühlichen Pfalz zugezogen und hatte den „Jähringer Hof“ geachtet. Natürlicher Gumor und unangängliches Wesen machten ihn rasch bei jedermann beliebt. Seine Stammgäste nannten ihn bald nur mit seinem Vornamen „Schorf“. Nebenbei galt er als schlichtbrieger Geschäftsmann, der seinen Vorteil wohl zu erpähnen wußte, und seine Wirtschaft so geschickt untrieb, daß ihm mach Abzug des Pachtzinses noch ein anständiger Gewinn in der Tasche klang.

Großdenkend, wie die weintrinkenden Pfälzer einmal sind, stellte er seinen Saal allen politischen Parteien zur Verfügung, wenn sie kamen, um Versammlungen abzuhalten. Auch hielt er Zeitungen aller Richtungen. Sogar das sozialdemokratische Organ war zu haben; nur hing es der vorsichtige Wirt aus Angst vor dem Gelehrte nicht ins Lokal, sondern ließ es an der Einshänke verwahren, und die Kellnerin trug es unter der Schürze jemeils dem Gaste zu, der danach fragte.

Es verdros die Stammgäste nicht schlecht, daß sie den Schleier von Schorf's politischer Gesinnung nicht zu lüften vermochten. Wollte man ihn ausborden, so gab er Antworten, die nicht die geringste Handhabe boten, um ihn der oder jener Parteigruppe zuzuweisen. Er erklärte, er gehöre zu keiner Partei, er habe keine Meinung, ihm seien alle recht, die anständig und in Frieden lebten und nicht zu wenig Wein tranken.

So weit wäre nun alles schön und gut gewesen, und man hätte sich dabei beruhigen können, wenn der Schorf nicht auch als Wähler in Betracht gekommen wäre. Bei Wiederwahl war nicht etwa gelommen, Wahlbestallung zu über, sondern hatte im Gegenteil die bestimmte Absicht fundgegeben, am Wahltag ebenfalls in der Urne zu er-keinen.

(Schluß folgt.)

Republik über Reaktion.

Ueber die am Samstag und Sonntag in 50 Orten des Reiches stattgefundenen öffentlichen Versammlungen, in denen das Volk über das schändliche und schändliche Treiben der Reaktion aufgeföhrt wurde, liegen bis heute erst wenige Berichte vor. Die wenigen Meldungen, die trotz der sonstigen Verkehrsverhältnisse erreicht, lassen aber erkennen, daß die Versammlungen einen prächtigen Aufschwung zu den kommenden Wahlen bildeten, daß alle Wege von rechts und von links nicht vermag, unsere Partei die Sympathie der Bevölkerung in Stadt und Land zu rauben. Die Redner fanden allezeit feierliche Zustimmung, in jedem Orte wurden neue Mitglieder und Abonnenten der Parteipresse gewonnen.

Wolfsweiler, 8. Febr. Am 7. Februar abends 8 Uhr fand hier eine Volksversammlung statt, die gut besucht war. Referent war Gen. Trinks, der für seine vorzüglichen Ausführungen vollen Beifall fand. Wir haben einige Mitglieder für die Partei und Volksfreundler gewonnen.

Speyerberg, 9. Febr. In einer auf besuchter Versammlung referierte Gen. Eichhorn (Karlsruhe) über das Thema: „Republik oder Reaktion“. In der sich anschließenden Diskussion erklärte sich der Demokrat Soziallehrer Meyer voll und ganz mit Eichhorns Ausführungen einverstanden. Von unserer Seite richtete Gen. Schwan noch einen warmen Appell an die Versammlung, der Partei beizutreten und die Parteipresse zu abonnieren.

m. Obergumbach, 7. Febr. Die heute abend hier stattgefundenen Volksversammlung war sehr gut besucht. Dem Redner, Gen. Weber (Durlach), wurde für seinen vortrefflichen Vortrag großer Beifall zuteil. In der Aussprache beteiligten sich zwei Redner, auf deren Ausführungen Genosse Meyer im Schlusswort kurz eingieng. Der Vorsitzende, Genosse St. Morlok, wies noch auf die Bedeutung der Parteipresse hin und forderte die noch Fernstehenden auf, der Partei beizutreten.

f. Höllingen, 9. Febr. Die Volksversammlung gestern abend war gut besucht und nahm einen schönen Verlauf. Abg. Ged (Karlsruhe) sprach und fand lebhaften Beifall. In der kurzen Aussprache beteiligte sich ein Lehrer von hier.

f. Wöllingen, 8. Febr. In einer infolge des schönen Wetters nur mäßig besuchten Volksversammlung am Sonntag mittag sprach Landtagsabg. Ged mit lebhaftem Beifall über „Republik oder Reaktion“. Die Volksversammlung nahm einen sehr schönen Verlauf. Mancher Arbeiter, der noch abseits steht, wird nach diesen aufklärenden Ausführungen den Weg zu uns finden und begreifen, daß wir nur durch die Masse etwas erreichen können.

f. Königbach, 9. Febr. Die Versammlung am Samstag abend konnte besser besucht sein. Das Referat des Abg. Schöpflin fand lebhaften Beifall. Diskussion fand nicht statt.

f. Forzheim, 9. Febr. Am „Saalbau“ sprach am Sonntag nachmittags Abg. Schöpflin. Durch das prachtvolle Wetter wurde der Besuch beeinträchtigt. Schöpflins Rede fand großen Beifall. Frau Dr. Trautwein sprach über „Die Frau und die Revolution“. Auch sie erzielte großen Beifall. Ein Kommunist und ein N.S.P.-Mann holten sich in der Debatte die verdiente Absfuhr.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Auch in der Berichtswochen vom 23. Januar bis 1. Februar 1920 ist eine Besserung in der Arbeitsmarktlage nicht eingetreten. Infolge des immer noch anhaltenden Kohlenmangels, der wieder zu Einschränkungen

Das Volkstheater im Konzerthaus in Karlsruhe.

Zur Frage eines Volkstheaters in Karlsruhe gehen uns nach folgende Zeilen zu:

Ueber die Gefahr, daß aus dem geplanten Volkstheater im Konzerthaus unter der Hand eines Privatmannes ein Geschäftstheater würde mit den üblichen üblichen Nebenabsichtungen, kann auch die ethische Veränderung nicht hinwegtäuschen, die Herr Grunwald in seinem Artikel vom 17. Januar seiner Idee mitteilt. Ueber diese mutmaßliche kulturelle Sünde dieses neuen Volksbildungsinstituts wurde an dieser Stelle schon gesprochen. Wer an der stiftlichen und künstlerischen Sehung des Volkes wirklich Interesse hat, muß von vornherein an dem Umstand festhalten, daß Herr Grunwald in seinem Repertoire die Operette voranstellt. Auch sonst betont er seine Nichtsichtigkeit leichte und heitere Kunst zu pflegen, die dem Erholungs- und Unterhaltungsbedürfnis des Volkes entgegenkommt. Diese Festlegung im Verein mit der Beschränkung des Repertoires auf Stücke, die nicht zum Spielplan des Landestheaters gehören, genügt, um sich über die Artung des geplanten Unternehmens ein unneutrales Bild zu machen. Wenn das Landestheater seine Rolle richtig aufzufaßt, wird es selbst ein Volkstheater, und nach Ergänzung des Personals wäre kein hinderlicher Grund mehr zu erkennen, warum es irgendwelche Stücke von einem gewissen künstlerischen Wert nicht in seinen Repertoire aufnehmen sollte. Die Fesseln, die das Volkstheater tragen, sind gefallen. Mit Rücksicht auf unsere Finanzlage wird das Publikum und die maßgebenden Instanzen auch nichts dagegen einwenden, wenn das Landestheater nicht immer und nicht ausschließlich höchste Kunst pflegt. Man erlaubt dem Landestheater sogar, bei der Auswahl der Stücke auch ab und zu bis an die Untergrenze des Kunstwertes zu gehen. Was jenseits derselben liegt, ist vom Uebel und sollte nicht gespielt werden, nicht in unserer Stadt, nicht in unserer Zeit, und besonders nicht von einem Volkstheater, das erzieherische Zwecke auf seine Fahne schreibt. Will Herr Grunwald Kollisionen mit dem Spielplan des Landestheaters vermeiden, so wird er seine Stücke eben im wesentlichen in jenem Gebiet suchen müssen, das unterhalb der Nebenlinie liegt, bis zu der wir dem Landestheater zu finden gestatten. Mit solchem Kunststills aber sich vernehmen, das Volk aus Kino und Zingelangel herauszulösen und allmählich zu edleren Kunst hinguleiten, diese den Teufel durch Belgebud austreiben. Die Diskussion über die künstlerische Bedeutung des Grunwaldschen Projektes läßt sich leicht aus der Sphäre des Hypothetischen auf einen konkreten Boden ziehen. Wir unterbreiten Herrn Grunwald folgenden Vorschlag: Er möge uns auf ein Jahr hinaus den Spielplan seines Theaters, wie er es im Kopf trägt, skizzieren unter Angabe der Autorennamen und der Titel der Bühnenwerke. Das dürfte Klarheit schaffen, wenigstens inbezug auf die hoffliche Qualität des Dargebotenen (nicht auf die der Darbietung selbst, die des Weiteren zu erörtern bliebe). Die Öffentlichkeit, besonders das Arbeiterpublikum und seine Vertreter, die Presse, die literarisch

in den Betrieben bringt und auch eine Vergrößerung anderer unendlich macht, ist eine Besserung für die nächste Zeit kaum zu erwarten.

In der Landwirtschaft herrscht weiterhin eine erhöhte Nachfrage nach Arbeitskräften aller Art. Die Metall- und Maschinenindustrie ist ebenfalls häufig beschäftigt, nur für Maschinenbauarbeiter und Kraftfahrer sind weniger Unterbringungsstellen vorhanden. In der chemischen Industrie und im Spinnstoffgewerbe, der Papier- und Lederindustrie gleichen sich Angebot und Nachfrage ziemlich aus, wogegen die Holzindustrie mit den nothwendigen Arbeitskräften nicht versorgt werden konnte. Die Bekleidungsindustrie und das Brauergewerbe sind ebenfalls gut mit Aufträgen versehen, dagegen herrscht im Nahrungs- und Genussmittel-, sowie im Vertriebsstoffgewerbe noch wie vor die stärkste Arbeitslosigkeit. Im Handelsgewerbe jedoch macht sich in letzter Zeit eine Besserung der bisher außerordentlich unheimlichen Arbeitslosigkeit bemerkbar. Die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften aller Art ist weiterhin sehr lebhaft. Der Bedarf kann keineswegs gedeckt werden.

Betriebsbeschränkungen und Schließungen mußten infolge Kohlenmangels wieder vorgenommen werden. Dagegen konnte die Firma Borettensfabrik A. Watzfari in Baden-Baden nach Zufuhr von Rohstoffen ihren Betrieb wieder teilweise eröffnen und 30 Männer und 20 Frauen einstellen. In einigen anderen Betrieben fanden zusammen etwa 60 Arbeitskräfte wieder Arbeit.

Erwerbslosenunterstützungen wurden im Bereiche der Landestheile für Arbeitsvermittlung in der Berichtswochen 275 198 M. und in der Vorwoche 273 070 M. bezahlt. Für Arbeitszeiterklärung wurden nach den eingegangenen Berichten 120 188 M. bezahlt. Mit Notstandsarbeiten waren in dieser Woche 4 422 Erwerbslose beschäftigt, denen in der Vorwoche 4 515 gegenüberstanden.

H. Dürmersheim, 5. Febr. Die „Gemeinnützige Vönnensgesellschaft Dürmersheim“, die im verflohenen Jahre sieben Doppelwohnhäuser erstellt hat, beschloß in ihrer letzten Generalversammlung, auch in diesem Jahr wieder Bekannungen zu erfüllen, um dem dringenden Wohnungsbedarf abhelfen zu können. Das neue Reichsgesetz über Baukostenzuschüsse entspricht in seinen einzelnen Teilen weit mehr als das bisherige den nothwendigen Erfordernissen; besonders hervorzuheben ist die Fixierung der Baukostenzuschüsse nach der Wohnfläche, so daß ein ländliches Wohnungshaus mit 70 Quadratmeter Wohnfläche und 40 Quadratmeter Stallbauten usw. einen festen Zuschuß von rund 20 000 M. erhält, ohne Rücksicht auf Bauart, Materialverwendung und dergleichen. Auch findet eine Abrechnung zwischen dem Reich als Darlehensgeber und dem Bauherrn nicht mehr sofort, sondern erst nach 20 Jahren statt; und nur ein dann bestehender höherer Wohnwert wird im Betrag seines Wertmehrs kapitalisiert, während bei gleichem Wohnwert das ganze Reichsdarlehen als geschenkt gilt. Bezüglich der zu verwendenden Bauart ist eine enghilfige Beschränkung nicht gefaßt worden, da infolge des Darniederliegens des Baustoffmarktes und wegen des auf diesem Gebiet ebenfalls blühenden Schieberturns wohl nur mit „Kohlenmauern“ Bauweise, besonders Holz und Lehm, angewendet werden muß. Beim Lokalbahnhof soll als bald ein neues Bauterrain erschlossen werden.

Beihilfe für Seimlerker darf einer amtlichen Mitteilung zufolge nur an diejenigen Personen gezahlt werden, die sich durch einen ordnungsmäßig ausgetheilten Entlassungsschein als ehemaliger Kriegsgesangener ausweisen können. Militärpässe können als gültiger Ausweis nicht angesehen werden.

Zum Konstanzer Wirtschaftskongress. Am Donnerstag besaßte sich die ordentliche Sitzung des Gewerkschaftsrates Konstanzer auch mit der geplanten Erklärung der Kältebetriebe. Nach eingehender Aussprache fand folgender Antrag einstimmig Annahme:

„Sämtliche Angehörige der freien Gewerkschaften sind verpflichtet, während der Dauer des Winterstreiks die streikenden Gewerkschaften zu meiden. Sie haben sich in solchen Fällen jeder Konjunktion, auch des Genusses von Getränken, zu enthalten.“

Aus der Partei.

Appenweier, 6. Febr. In der am 27. Januar stattgefundenen Jahresversammlung der Mitgliedschaft Appenweier der

interessierte Gesellschaft, hätten dann etwas Bestimmtes an der Hand zur Bildung eines Urteils und zur Begründung ihrer Stellungnahme für oder gegen.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier angeführten und besprochenen Bücher und Zeitschriften sind von unserer Parteibuchhandlung zu beziehen.)

Von der Neuen Zeit ist jeben das 10. Heft vom 1. Band des 38. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Das Betriebsrätegesetz. Von Hermann Müller (Berlin), M. b. R. — Das Ende der Sozialarbeit in der Landwirtschaft. Die neuen Agrargesetze Mittel- und Osteuropas. Von Dr. Ludwig Duffel. (Schluß). — Da Negri. Von Franz Diederich. — Tabellenstatistik über angewandte Bevölkerungspolitik. Von Fritz Knecht (Leipzig). — Historische Rundschau: Philipp Born, Der Völkerverbund. Von S. Fehling. J. R. Verwehen, Naturphilosophie. Von Karl Vorländer. Otto Wilmann, Pädagogische Vertriebsberatung. Joh. Ditt, Die Bedeutung der Konzeptionsstellen. Von Paul Deitrich. — Politik: Englands Reich an fremden Wertpapieren.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Romanzeiten und Buchhändler zum Preis von 1 M. 60 des Vierteljahrs zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pf.

Wohnnummern stehen jederzeit zur Verfügung. Geistig-sittliche Erneuerung und Volkshochschule. — Ein Auf nach geistiger Umkehr. Von Dr. Hermann Reinfried. Druck und Verlag der A.-G. Badenia Karlsruhe 1920, Preis 2,20 M. und der Feuerungsanschlag.

Ein Buch, das man nicht „besprechen“ soll; denn was will es besagen, daß A. ein Mann wie Chamberlain als Zeuge für den Vortritt der Wissenschaft herangezogen wird, und daß der relativistische Gelehrte Oswald Spengler gar oft zwischen den Zeilen durchzieht, der ja an seiner eigenen Logik (Es gibt nicht Selbstendes und Allgemeines“; einer seiner Kernsätze aus dem Geisteswissenschaftlichen mit dem romantischen Titel „Untergang des Abendlandes“) zugrunde gehen muß — was bedeutet das alles gegenüber der ersten, hingebenden Liebe, in der der Autor von seinem Gegenstande handelt. Man soll dies Buch nicht besprechen, man kann nur sagen: nehmt und lest es! Ihr alle, die ihr arbeitet, denn hier weist ein tief sozial fühlender Mann den Weg zur geistigen und sittlichen Befreiung. Nicht um die tote Gelehrsamkeit handelt es sich, sondern um die Gewinnung eines geschlossenen Lebensbildes, nicht um Verstandes-, vielmehr um Herzensbildung. Was die Inhalte der politischen Anschauungen angeht, so können sie ruhig neben den Vorschlägen des Verfassers fortbleiben, die hier zu skizzieren unmöglich ist, da das Buchlein selber in seiner knappen Form kein Wort zu viel enthält und Reinfried nicht der Mann zu sein scheint, der nicht reden, sondern handeln will. Möge er gefort werden! Mitarbeiter erwidert.

Sozialdem. Partei, die gut besucht war, wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt. Der Jahres- und Staffenbericht wurde ohne Einsprache angenommen, dem Staffer einmütig Entlassung erteilt. Einheitsig war man der Ansicht, daß eine rührige Agitationsstätigkeit entfaltet werden sollte, um unsere Mitgliedschaft noch weiter auszubauen. Leider ist ein großer Teil der Mitglieder, die dem Vertriebspersonal angehören, durch ihren unregelmäßigen Dienst am Beschäftigung der Versammlungen behindert. Aus den Kreisen der Genossen wurde an den Vertriebs das Ersuchen gerichtet, mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Verteilung von Reichsware wie Stoffe, Kleider, Wolle und Strümpfe, die von selten des Konsumierenden an die Geschäfte geliefert werden, eine gewisse und pünktliche sei, und daß die Vertriebung auch tatsächlich nur zu Minderbemittelte erfolge. Es wurde festgestellt, daß trotz aller Anstrengungen, die Verteilung zu erleichtern, die Geschäfte nicht etwa über die Anordnungen des Kommunalverbandes und der Ortsbehörde hinweggehen haben und die Waren, trotz Begünstigungen, den Leuten gegeben haben — ohne Bezugsschein —, die ihnen genehm waren. Die Mitgliedschaft protestiert gegen ein solches Geschäftsgebahren und erwartet, daß das Bürgermeisteramt hier umgehend Abhilfe schafft. Bei der Agitation für unsere Presse wurden auch hier neue Abonnenten gewonnen. Dem weiteren Ausbau des „Volksfreund“ stehen die Genossen sympathisch gegenüber. Einmütig wurde beschlossen, einen Fonds für die kommenden Wahlen anzulegen und durch kräftige Mithilfe bei der Wahlarbeit unsere Partei zu unterstützen.

Jugend und Sport.

Ergebnis des Fußballsports am gestrigen Sonntag. Einzig gemann gegen N.S.P. 2:1. Das Spiel hatte circa 7000 Zuschauer herangezogen. Mühlburg-Weierheim 4:0; L. F.C. Freiburg-B. f. B. Karlsruhe 4:0; L. F.C. Forzheim gegen B. f. B. Forzheim 9:1; Sportklub Forzheim-„Sertha“ Karlsruhe 2:0; F.B. Grimwinkel-F.B. Nallalt 2:0; F.B. Gillingen-Germania-Forzheim-Weibingen 1:0.

Ein neuer Spielplatz für die Freie Turnerschaft Karlsruhe. Nachdem der alte, bekannte Turnplatz am Kaiserwerd gewissermaßen ein Kriegssopfer geworden und von der Stadverwaltung zu landwirtschaftlichen Zwecken in Benutzung genommen war, sahen sich die Freien Turner am Kriegsende eine Turn- und Spielplätze für verschiedene weniger bedeutende Sportvereine zu schaffen. Und fast ein Jahr mußten sie noch zugehen, wie sich Spielplätze für verschiedene weniger bedeutende Sportvereine fanden. Doch, was lange währt, wird auch noch gut. Nach langem Suchen und Verhandeln konnte der Stadtrat den Freien Turnern einen geeigneten Platz zur Verfügung stellen. Derselbe ist 25 000 Quadratmeter groß, an der Lintenhöhe in Allee zwischen Weich- und Teufelsmühlener Allee, also mitten im Walde, geradezu ideal gelegen und daher wohl geeignet, eine Stätte der Freude und Erholung für die Karlsruher Arbeiterturner und der Arbeiterjugend zu werden. Bereits wurde mit den ersten Arbeiten begonnen. Der Umzug der Gerätehalle vom alten auf den neuen Platz ist vollzogen. Als nächstes folgt die Herrichtung des Platzes, die der Kostenerparnis halber von den Turnern selbst ausgeführt wird. Doch sind für Umzäunung, Umkleideraum und Einrichtung noch ganz bedeutende Mittel erforderlich, zu deren Aufbringung an die Mitglieder Anteilnahme zu 10 M. ausgegeben werden. Weiter wurde in den letzten Tagen an die größeren Gewerkschaften die Bitte gerichtet, durch Gewährung eines Darlehens an der Schaffung dieser idealen Anlage mitzuhelfen zu wollen. Der eine oder andere der Ortsvereine der Gewerkschaften wird zur Zeit entbehrliche Mittel zur Verfügung haben, die auf diese Weise einem guten Zweck dienen können und bei Bedarf ohne weiteres zurückgezahlt werden. Erwähnt sei noch, daß der Spielplatz der Freien Turner nicht mit dem sonst üblichen hölzernen Bretterzaun umgeben wird, sondern mit einer lebenden Weichdornhecke, welche sich der waldbestandenen Umgebung harmonisch einfügt. Schon äußerlich wird er sich nach Fertigstellung in frischem Grün zeigen und bei der inneren Einrichtung werden die Freien Turner alles aufbieten, eine Anlage zu schaffen, welche der organisierten Karlsruher Arbeiterjugend als ideale Erholungsstätte dient.

Aus dem Lande.

Neidenbach, 9. Febr. Am Samstag morgen verübte ein 22jähriges Mädchen aus Neidenbach im Eichthal bei der Weberi Gillingen aus bis jetzt unbekannter Ursache Selbstmord.

Forzheim, 8. Febr. Wie der „Forzh. Anzeiger“ mitteilt, drangen Unbekannte an einem der letzten Abende in das Haus Leopoldstr. 6 und verhafteten sich Eingang in die Geschäftsräume der Zwielen- und Ringelstr. Abrecht und Köppler. Um nicht gefort zu werden, hielten sie die Elektrische Lichtleitung und das Telefon ab. Dann ertrachen sie einen Warenloffer und einen Warenschrank und raubten für etwa 82 000 M. Goldwaren. Trotz ihrer Vorsichtsmaßnahmen wurden die Einbrecher bald bemerkt und man benachrichtigte die Polizei. Diese verfolgte die Diebe, die nun flohen und schließlich über die Dächer in Nachbarhäusern entkamen. Unter den gestohlenen Gegenständen befinden sich nach dem Polizeibericht 40 goldene Glanzbereringe, 10 goldene Ringe mit großen Opalen und Rubinen, 44 Ringe mit Goldplattung, 100 Damenringe mit Perlen und Perlen, 24 Damenringe mit edlen Farbstoffen und Perlen, 22 Glanzbereringe mit Karubinen und vieles andere.

Görsheim, 5. Febr. Unser Artikel in Nr. 22 wurde noch in selbiger Nacht mit der Unterschrift „Spartakistenbund“ am Rathaus angeschlagen. Die interessierten Kreise bemühen unsere Ausführungen noch dazu, um die bäuerliche Bevölkerung gegen die Sozialdemokratie aufzuklären; auch gegen einzelne Personen, die man im Verdacht hat, die Verfasser zu sein, wird gehetzt. Die Herren Verärgeren sind aber auf dem falschen Wege und wir können ihnen nur raten, mit ihren Behauptungen etwas zurückhaltender zu sein. An sich haben die Arbeiter ja gar keinen Grund, gegen die hohen Schieberpreise zu protestieren, denn ein Arbeiter erhält jedoch nie etwas, auch wenn er darnach fragt. Wir kennen auch den Anleber des Artikels am Rathaus, er ist kein Spartakist, sondern in ganz einem andern Lager zu suchen. Es wird den Drahtziehern hier nicht gelingen, mit diesen persönlichen Kampfmitteln die Sozialdemokratie zu verdrängen; wenn es darauf ankommt, können wir ihnen noch ganz anders dienen.

Mühlheim, 6. Febr. In dem Städtchen Heiterheim haben sich 37 Familien bereit erklärt, je ein Wiener Kind herzu schicken. Bei einer Einwohnerzahl von knapp 1400 Seelen zeugt dies von großer Oermittlichkeit.

Heidelberg, 8. Febr. Das Wuchergericht beurteilte in seiner Sitzung am Donnerstag den Landwirt Heinrich Lantje aus Erpingen wegen Schleichhandels und Höchstpreisübertretung zu zwei Monaten Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe. Lantje hatte von 50 Zentner Weizen etwa 25 Zentner unter erheblicher Preisüberhöhung weiterverkauft. Der hieraus gewonnene Mehrerlös mit 1500 M. wurde eingezogen.

Mießlingen, 5. Donauzungen, 9. Febr. Auf Veranlassung des Wuchergerichts Konstanz ist hier das Ehepaar Niki mit zwei Heberschwestern verhaftet worden, die einen schwindelhaften und umfangreichen Schleichhandel mit Lebensmitteln betrieben und fortgesetzt Paketen an ihre Wohnheim in Karlsruhe, Frankfurt und Berlin schickten.

Eisenbahner und Fahrpreiserhöhung.

Ein Arbeiter der Holzbranche, der auswärts wohnt, ersucht um Aufnahme nachstehenden Artikels, um auch die Ansicht des Teiles der Bevölkerung über eine Tarifierhöhung bei den Eisenbahnen zu Wort kommen zu lassen, der tagtäglich auf die Eisenbahn angewiesen ist. Der Arbeiter schreibt:

In Nr. 26 Ihres Blattes ist ein Bericht über am 25. Jan. stattgefundene Versammlungen der Eisenbahner enthalten, wonach in diesen Versammlungen die Ansicht vertreten wurde, durch eine Erhöhung des Fahrpreises in 2. und 3. Klasse von 100 bis 300 Prozent, sowie durch beschränkten Sonntagsverkehr mit doppeitem Fahrpreis ließe sich eine erhebliche Einnahmesteigerung erzielen.

Da nun eine Erhöhung der Fahrpreise nicht zu den internen Angelegenheiten der Eisenbahner gehört, indem sie ja infolge der Gewährung von Freifahrten zur Arbeitsstelle und sonstiger Freifahrtsscheine von der Erhöhung nicht betroffen werden, ist es angebracht, daß auch das leidtragende Publikum seine Ansicht kundtut. Daß eine Tarifierhöhung nach Lage der Dinge kommen muß, wird jedem einleuchten. Nur meine ich, daß der Vorschlag unserer Eisenbahner einseitig zu hoch und andererseits in einem praktischen Wert besteht. Es muß anerkannt werden, daß der Vorschlag eine Erhöhung unter Ausschluß der 4. Wagenklasse vorzieht, aber diese im Interesse der fahrenden Arbeiter gelegene gute Ansicht wird durch die Vereinfachung der Bahnen dadurch illusorisch gemacht werden, indem es ja dann nur noch eine Holz- und eine Postklasse geben soll. Und bis dahin wird eine Abwanderung in die 4. Kl. noch mehr wie bisher zu constatieren sein, so daß die erwarteten Mehreinnahmen nicht kommen werden. Wenn man solche Vorschläge wie die der Eisenbahner macht, muß die Wirkung derselben auf das fahrende Publikum und insbesondere auf die zur Arbeitsstelle fahrende Arbeiter- und Beamtenschaft gründlich untersucht werden. Für letztere bedeutet eine Erhöhung der Fahrpreise eine erhebliche Verteuerung der Mieten und macht zugleich alle Bemühungen für eine gesunde Wohnungs- und Siedlungspolitik gänzlich. Die Einwohner des Altortes und besonders von Müppur und der Gartenstadt können infolge der Erhöhung der Fahrpreise auf der Altbahn ein Zimmerleiden finden.

Nun zur vorgeschlagenen Verdoppelung des Fahrpreises an den Sonntagen. Sie ist vom Standpunkt des Arbeiters rundweg abzulehnen. Es gibt erfreulicherweise Arbeiter und Beamte, die nicht nur für materielle Forderungen Sinn und Verständnis haben, sondern als Kulturmenschen die Schönheiten der Natur bewundern, die infolge ihrer Berufstätigkeit zugezogenen gesundheitlichen Nachteile in frischer ständiger Wald- und Gebirgsluft beseitigen und deshalb mit Familie hinausziehen wollen in die Berge und Wälder. Tritt aber eine solche Erhöhung des Fahrpreises an Sonntagen in Kraft, so ist die es eble Straßen nach Gelnhausen und nach weiterer Höherentwicklung der arbeitenden Massen einfach unterbunden zum Schaden der Arbeiterschaft und der Volksgesundheit. Mögen die Eisenbahner und die maßgebenden Stellen die Frage der Fahrpreiserhöhungen auch einmal von diesen Gesichtspunkten aus betrachten, vielleicht bleiben sie dann doch in noch einträglicheren Grenzen.

Schnellverkehrs. Vom Montag, den 9. Februar an, wird Schnellzug D 4 München—Stuttgart ab 4.47 Uhr nachm., Bruchsal an 6.18 Uhr ab D 141, Vorzug D 1, über Graben-Neudorf—Mannheim nach Frankfurt durchgeführt. Bruchsal ab 6.23 Uhr nachm., Frankfurt an 9.55 Uhr nachm. Ferner verkehrt vom gleichen Zeitpunkt an Schnellzug D 18 Stuttgart ab 9.15 Uhr vorm., Bruchsal an 10.55 Uhr vorm. zum Weitergang auf den schon bestehenden D 111 und D 239 über Heidelberg nach Frankfurt (Frankfurt an 1.38 Uhr nachm.). Als Gegenzüge verkehren vom Dienstag, den 10. Februar an Vorzug D 2, D 198, D 59 Frankfurt bis Stuttgart; Frankfurt ab 7.20 Uhr vorm., Mannheim an 9.03, ab 9.03, Schweigen an 9.22, Bruchsal an 9.5 Stuttgart an 11.44 Uhr vorm.

Infolge Wegfalls der Bahnprüfung in Regelschur tritt von Mittwoch, den 14. Februar an auf der Strecke Udenweier nach Nehl ein besonderer Fahrplan in Kraft, der auf der Station ersandt werden kann.

Der Postverkehr mit dem besetzten Gebiete. Die bisherigen Beschränkungen im Postverkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und der Rheinpfalz (ausschließlich des zum Saargebiete gehörigen Teiles) sind, nach der „Karlsruher Zeitung“ bis auf weiteres weggefallen. Auf den Postkarten dürfen wieder schriftliche Mitteilungen niedergeschrieben werden.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 9. Februar.

Aus der Stadtratssitzung vom 5. Februar 1920.

Neue Feuerungsbezüge. Ähnlich wie die Beamten und Angestellten des Staates sollen auch die städtischen Beamten, Lehrer und kaufmännischen Angestellten der Stadt für die Monate Januar und Februar eine Abschlagszahlung auf die bevorstehenden neuen Feuerungsbezüge erhalten. Bei den Arbeitern soll der annehmenden Feuerung durch Gewährung eines entsprechenden Zuschlags zum Lohn mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an Rechnung getragen werden.

Erhöhung der Eintrittspreise und sonstigen Gebühren für den Stadtpark. Der Entwurf des Vorschlags der Stadtparkkommission für 1920 schließt mit einem Zuschlag der Stadtparkhauptkasse von 268 000 M gegen 148 341 M im Jahre 1919 ab. Er wird sich bei der bevorstehenden Gewährung neuer Feuerungszulagen an die Beamten und Arbeiter des Stadtparkens gang wesentlich erhöhen. Um diese Ziffern, soweit als möglich, herabzumindern, wird auf Antrag der Stadtparkkommission beschlossen, die Eintrittspreise und sonstigen Gebühren für den Stadtpark um durchschnittlich 100 vom Hundert zu erhöhen. Es werden danach künftig erhoben werden: für die Jahreskarten 20 M für die Hauptkarte, je 10 M für die Beisitzer- und die Schülerkarte, jene für einmaligen Besuch des Gartens von Personen, die nicht im Besitz von Jahreskarten sind, 1 M für Erwachsene, 50 ¢ für Soldaten und Kinder (bei Musikaufführungen wird neben dem Stadtpark-Eintrittsgeld ein Zuschlag von 1 M für Erwachsene und 50 ¢ für Kinder und Soldaten erhoben).

Erhöhung der Krankenhausberechnungen. Infolge des durch die ankommende Feuerung gesteigerten Personal- und Unterhaltungsaufwands ist eine abermalige Erhöhung der Krankenhausberechnungen erforderlich. Diese Erhöhung soll unter Wegfall des bisherigen Dreiklassenstems getroffen werden, so daß die Höhe der Gebühre sich lediglich darnach richtet, ob der Kranke in einem Einzelzimmer (mit einem oder zwei Betten) oder in einem Gemeinschaftszimmer untergebracht ist. Die Gebühr beträgt für ein großes Einzelzimmer im Mittelbau mit einem Bett 30 M, für ein kleines Zimmer 28 M, für ein Seitenbauzimmer mit zwei belegten Betten 18 M für jede Person. In Gemeinschaftszimmern ist die Gebühr auf 10 M festgesetzt. Für Kinder unter 10 Jahren tritt eine Ermäßigung, für auswärtige Personen eine Erhöhung der Sätze ein. Besonders berechnet werden für Kranke in Einzelzimmern: die außer der festgesetzten Tageskost verabreichten Speisen und Getränke, Medikamente und sonstige Heilmittel, Verbandstoffe, Bäder, Massagen, ärztliche Behandlung usw. Der neue Gebührentarif tritt am 15. Februar 1920 an in Kraft.

Erhöhung der Luftverkehrssteuer. Beim Bürgerausschuß soll Antrag auf Erhöhung der Luftverkehrssteuer gestellt werden. Die mit dieser Änderung bezweckte Erhöhung verschiedener Steuerfächer entspricht dem Vorgehen anderer Städte und ist zur Erzielung weiterer Einnahmen für die Stadtkasse unerlässlich.

Milchpreiserhöhung. Infolge der erhöhten Betriebskosten des städt. Milchamtes, Gewährung von Prämien für gute Milchlieferung und Erhöhung der Milchhändlerverdienstspanne ist eine weitere Erhöhung des Milchverkaufspreises erforderlich. Die neuen Preise werden nach Erholung der Genehmigung der Landesstelle befristet.

Erhöhung der Bestattungsgebühren. Die Art der Bestattung soll für alle Verstorbenen künftig gleich sein und an Stelle der im § 69 des Criminatgesetzbuchs über das Bestattungswesen vorgesehenen Taxen eine Einheitsgebühr eingeführt werden. Diese Gebühr wird für die Bestattung eines Erwachsenen (über 10 Jahre) auf 75 M, eines Kindes über 6 Jahren auf 50 M, eines Kindes unter 6 Jahren auf 30 M und eines Kindes unter einem Jahr auf 20 M festgesetzt. Als besondere Leistungen werden nur zwei Leichen eine reichere Ausstattung des Sarges und des Sterbekleides, eine vermehrte Zahl der Trauerwagen, die gärtnerische Ausschmückung der Friedhofkapelle und das Ornel- und Harmoniumspiel in der Friedhofkapelle oder im Krematorium. Als Gebühr für diese besonderen Leistungen werden die Selbstkosten mit einem Aufschlag von 50 % erhoben, um dadurch die durch Einführung der Einheitsgebühr entstehenden Mindereinnahmen teilweise zu decken.

Die Schlichtungsgebühren sollen vorbehaltlich der Genehmigung durch den Bürgerausschuß, um 100 vom Hundert erhöht werden, wodurch es möglich sein wird, den Zuschlag der Stadtkasse zur Schlichtungskasse, wie er sich nach dem Veranschlagten vom 1.1.1920 ergibt, von 1 865 000 M auf etwa 1 Million herabzusetzen (1919 betrug er 2 345 000 M).

Vom Konzerthaus. Zweckmäßiger weiterer dringender nötiger Einnahmen für die Stadtkasse wird die Gebühr für die Benutzung der Kleiderablage im städtischen Konzerthaus mit sofortiger Wirkung von 20 ¢ auf 40 ¢ für die Person erhöht.

Milchgebühren. Die schwierige Finanzlage der Stadt zwingt neben den überall notwendigen Gebührenerhöhungen auch zur Erhebung neuer Gebühren. Der Stadtrat hat sich daher grundsätzlich dazu entschlossen, Milchabgabengebühren, berechnet nach dem Mietwert der Wohnräume, zu erheben.

Erhöhung des Dreschtarifs. Ein Gesuch des Vereins Karlsruher Aufzuchtvereiner um abermalige Erhöhung des Tarifs für Dreschtarife wird in Rebersheimmündung mit dem Bezirksverein dem Bezirksamt (Polizei-Direktion) befürwortend überfandt.

Neue Höchstpreise für Inlands-Marmelade. Die Reichsregierung hat für Obstkonerven und Marmelade m. b. v. veröffentlicht im „Reichsanzeiger“ neue Höchstpreise für ungesüßte Inlandsmarmelade. Der Preis für ein Pfund beträgt bei Abgabe an die Verbraucher 3.70 M. Die neue Regelung der Preise ist durch das starke Ansteigen der Zuckerpreise, vor allem der durch das eingeführte Aufwandsniveaumittel, bedingt. Gegen eine Erhöhung des Fabrikationsumfanges ist mit dieser Preiserhöhung nicht verbunden.

Sozialdem. Verein. Am Mittwoch, 11. d. M., abends 7 1/2 Uhr, findet eine außerordentliche Versammlung im „Elefanten“-Saale statt. Gen. Redakteur Schöpflin wird einen Vortrag halten über „Der Schwere Kampf“. Hierüber wird sich die Versammlung mit dem Vorstand eines Raubzuges für die bevorstehenden Reichstagswahlen befassen.

Parteiangelegenheiten. Die heutige politische so bewegte Zeit erfordert Aufmerksamkeit, deshalb ist das Erscheinen aller Parteimitglieder notwendig.

Sozialdem. Verein - Bezirk Oststadt. Die Raubzonde werden dringend ersucht, bei Genosse Seifert, Gottesackerstraße 20, A. St., umgehend abzugeben und den Mitgliedern alsbald zuzustellen.

Sozialdem. Verein - Bezirk Müppur. Eine öffentliche Frauenversammlung findet am Freitag, 13. d. M., im „Eichhorn“ statt. Genossin Fischer (Karlsruhe) hält einen Vortrag: „Die Stellung der Frau im Leben der Völker“. Der Arbeiterfrauenverein Müppur wirkt mit. Aufnahme der Genossinnen und Genossen ist es, für guten Besuch zu sorgen.

Sozialdem. Bürgerausschußsitzung. Morgen Dienstag, abends 5 Uhr, im Stadtrathausaal Präzisionsstraße. Tagesordnung: Erhöhung der Bürgermeisterei-Gehälter und 150-prozentige Erhöhung des Posttarifs.

Darlaben. Die am Samstag, 7. d. M., stattgefundene Versammlung des Sozialdem. Vereins erzielte sich eines guten Besuchs. Anstelle von Gen. Dr. Hoffmann trat Gen. Oberbürgermeister (Karlsruhe), welcher das angedeutete Referat über: „Republik oder Reaktion“ übernahm. Die Diskussion war eine sehr rege. Die verschiedenen Redner sprachen u. a. über das Geheimratswesen, Sozialisierung und die Auslieferungsfälle. Im Schlußwort ermahnte der Referent die Parteigenossen zur eifrigen Agitation für den „Volkstempel“.

Der steigende Milchpreis. In einer Delegiertenversammlung des Landesverbandes der Milchhändlergenossenschaften Badens wurde ein Beschluß gefaßt, in welchem der Milchhandel verlangt, daß ihm der gleiche durchschnittliche Gewinnzuschlag bewilligt wird, der dem übrigen Kleinhandel zugestimmt ist. (In Karlsruhe wird infolge der Erhöhung der Milchhändlerverdienstspanne eine weitere Erhöhung des Milchpreises erforderlich, der jetzt schon auf 1.20 M pro Liter hinausgeschraubt ist.)

Verbindlichkeitsklärung des Tarifs im Karlsruher Handwerksbetriebe. Der zwischen dem Arbeitgeberverband E. V. Karlsruhe und dem Zentralverband des Deutschen Großhandels, Ortsgruppe Karlsruhe, der Detailhändlervereinigung E. V. Karlsruhe, dem Ortsrat der freien Angestelltenverbände, der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände und der Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Vereine für weibliche Angestellte am 4. Juni 1919 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Gehalts- und Anstellungsbedingungen für die kaufmännischen Angestellten im Groß- und Kleinhandel wird gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1458) für das Gebiet der Stadt Karlsruhe einschließlich der eingemeindeten Vororte für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 15. Dezember 1919. Sie erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge in Handelsgewerbe, für die besondere Tarifverträge in Geltung sind. Falls künftig besondere Tarifverträge abgeschlossen werden, scheiden diese mit dem Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit aus dem Geltungsbereich des Tarifgesetzes aus.

Verein Karlsruher Presse. Nach längerer Pause veranstaltete der Verein letzten Samstag im Stadtparkrestaurant wieder eine gesellige Zusammenkunft, die sich eines regen Interesses erfreuen durfte. Eine Auszeichnung erhielt der Abend durch die Anwesenheit des Dichters Rudolf Herzog, eines

alten und treuen Freundes des Pressevereins gelegentlich seines Hierseins aus Anlaß der Aufführung seines Werkes „Condotieri“ im Landestheater. Eine Reihe gediegener Vorträge von Mitgliedern des Landestheaters gab der Veranstaltung eine höhere Note. Herr Böttner und Hel. Friedrich brachten einige ausgemählte Pieder zum Vortrag und Herr Baumhach ehrte den Dichtergast durch Rezitation zweier seiner Werke. Außerdem brachte Herr Schönfeld feitere Rezitationen zu Gehör. Herr Rudolf Herzog dankte für die ihm erwiesene Aufmerksamkeit mit warmempfundener schwingvoller Worten. Er wies dabei auf die Not der Zeit und die Aufgaben der Presse hin. Mit einigen sonstigen Ansprachen enfter und humoristischer Art und einem Längchen am Schluß verließ der Abend in anregender Weise.

Anfall. (Kollisionsbericht vom 9. 2. 20.) Am Samstag abend fuhr ein Tagelöhner aus Amlingen auf der Straße Tagländen-Kniekingen mit seinem unbedeutenden Fahrrad auf einen ihm entgegenkommenden Handwagen, stürzte vom Rad und blieb bewußtlos liegen. Er fand Aufnahme im städt. Krankenhaus.

Letzte Nachrichten.

Französische Begleitnote zur Auslieferungsliste.

Br. Berlin, 9. Febr. Am Samstag, den 7. Februar, in später Abendstunde überreichte der französische Geschäftsträger dem Reichskanzler Dauer die Auslieferungsliste nebst unbedingter Begleitnote. Der Note war ein Brief an den Reichskanzler beigelegt. Der Wortlaut beider Schriftstücke ist folgender:

„Der Vorsitzende der Friedenskonferenz, Paris, den 3. Februar 1920.

Herr Präsident! In Ausführung des § 8 des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Protokolls beehre ich mich, Ihnen anbei im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der von der britischen, französischen, belgischen, polnischen, russischen und serbisch-kroatisch-slowenischen Regierung gemäß Artikel 228 Abs. 2 des Versailler Friedensvertrages aufgestellten Liste zu überreichen. In der Aufstellung dieser Liste sind nicht alle die Namen einbezogen, die sich im Laufe des Krieges der von deutschen Reichsbehörden beanagten zahllosen Verbrechen schuldig gemacht haben. Die oben bezeichneten Regierungen haben geglaubt, sich der Verantwortung für die Verbrechen annehmen zu sollen, die anscheinend die schwerste Verantwortung tragen. Die so aufgeführte Zahl der Schuldigen bleibt weit zurück hinter der Zahl der von deutschen Staatsangehörigen in Verletzung der Gesetze und Gebräuche des Krieges beanagten Reichsmitbürgen. Es liegt nicht in der Absicht der genannten Regierungen, die Verbrechen derjenigen zu amnestieren, die in der beigefügten Liste nicht mit einbezogen sind. Die vorliegende Liste berührt in keiner Weise das Recht der Staaten, sie innerhalb ihrer Gebiete zu verfolgen. Gemäß Artikel 22 des Friedensvertrages sind die auf der besagten Liste aufgeführten Schuldigen, sei es dem Namen nach, sei es nach dem Grade der Amtführung oder Amtsbewerbung zu der sie von den deutschen Behörden herangezogen wurden, bezeichnen. Die oben bezeichneten Regierungen behalten sich vor, von der deutschen Regierung, wie dies in Art. 230 des Friedensvertrages vorgesehen ist, Urkunden und Auskünfte aller Art zu verlangen, deren Beschaffung zur vollständigen Aufklärung der strafbaren Handlungen, zur Ermittlung der Schuldigen und zur genauen Abschätzung der Verantwortlichkeit für erforderlich erachtet werden sollte. Eine weitere Mitteilung wird die in Verantwortung von Schreiben Nr. 88 (Notiz: Gemeint ist die Note des Herrn von Versner in der Auslieferungsforderung vom 25. Januar) die Urkunden wissen lassen, unter denen die alliierten Mächte die Bestimmungen des Friedensvertrages über diesen Punkt ausgeführt zu sehen wünschen.“

Das zweite Schriftstück lautet: „Friedenskonferenz, Der Präsident, Paris, den 7. Februar 1920.“

Herr Reichskanzler! In Ausführung der Artikel 228 bis 230 des Vertrages von Versailles und gemäß § 8 des Protokolls vom 28. Juni 1919 habe ich in meiner Eigenschaft als Präsident der Friedenskonferenz vom 3. Februar Herrn von Versner, den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der von der englischen, französischen, italienischen, belgischen, polnischen, rumänischen und serbisch-kroatisch-slowenischen Regierung aufgestellten Liste zugestellt. Diese Liste war von einem Brief beigelegt, der es bei dies besonders bemerkt, schließlich, daß nach Prüfung der in dem Brief Nr. 88 des Vorsitzenden der deutschen Delegation enthaltenen Erläuterungen eine weitere Mitteilung die Bedingungen wissen lassen würde, unter denen die alliierten Mächte die betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages erfüllt zu sehen wünschen. Herr von Versner hat auf diese Mitteilung mit einem Brief geantwortet, dessen Abdruck beigelegt. Die Mächte haben nicht daran gezweifelt, daß die Antwort des Herrn von Versner eine persönliche Kundgebung war, für die die deutsche Regierung keine Verantwortung trägt. Sie hat in der Tat nicht annehmen können, daß diese Regierung sich der Verpflichtungen zu entziehen beabsichtigt, die sie durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles eingegangen ist und daß sie nach weniger als einem Monat nach Inkrafttreten des Friedensvertrages sich vorzüglich weigert, eine wesentliche Bestimmung des Vertrages zu erfüllen. Ich habe also die Ehre zu erlauben, die Liste, die Herr von Versner in Empfang zu nehmen sich weigerte, überreichen zu lassen, sowie den Brief, der ihr beigelegt war. Dieser Brief ist dem 3. Protokoll vom 28. Juni beiliegend beigefügt.

Gemeintigen Sie Herr Reichskanzler die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. A. Millerand, Präsident der Friedensdelegation.“

Schließung von Eisenbahnwerkstätten.

Breslau, 9. Febr. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Wegen Anwartschaftlichkeit des Betriebes wurden die Hauptwerkstätten Amt I a und I b gestern Abend geschlossen. Die Eröffnung erfolgt demnächst unter Einverständnis der Arbeiterzahl und unter neuen Betriebsbedingungen.

Brausen des Präsidenten Poincaré.

Paris, 9. Febr. Präsident Poincaré überreichte den Städten Chalons sur Marne und Eprenen das Kriegskreuz. Bevor der Präsident nach Chalons sur Marne fuhr, begab er sich nach der Stadt Bienne la Ville. Der Bürgermeister der Stadt spielte in seiner Begrüßungsrede auf die der Ausführung des Friedensvertrages entgegenstehenden Schwierigkeiten an, motauf Präsident Poincaré antwortete, wir müssen von dem besiegten Deutschland die vollständige Ausführung des Vertrags, den es unterzeichnet hat, verlangen. Heute ist der von den kriegführenden Mächten ratifizierte Vertrag Gegenstand einer unzulässigen Diskussion geworden: Was unterzeichnet ist, ist unzulässig den Siegern als auch den Besiegten, heilig sein. Wir hegen keine Illusionen nach Ausführung der eingegangenen Kaufverträge keine Hintergedanken. Das französische Volk ist großmütig und wird seine Siege nicht mißbrauchen. Es will aber die ihm daraus zustehenden Rechte geltend wissen. Die zu treffenden Wiederergänzungen sind unabweisbar und können nicht auf unsere Schultern belassen werden. Der Krieg hat zur Wiedergeburt des Rechtes geführt. Das Volk, das die Katastrophe erlitten hat, hat die Folgen einzeln und allein zu tragen.

Bekanntmachung.

Unsere werthe Kundschaft sowie die verehrl. Einwohnerschaft von Karlsruhe setzen wir hierdurch in Kenntnis, dass vom Nahrungsmittelamt ein neues Verfahren (Bestellverfahren) für den Bezug von Fleisch- und Wurstwaren eingeführt wurde. — Zwecks Entgegennahme der Bestellschnitte und Abstempelung der Fleischkarten und Wurstaussweise halten wir unsere

sämtlichen Verkaufsstellen
von Montag, den 9. bis einschließl. Donnerstag, den 12. Februar
 von 8-12 Uhr und von 2-5 Uhr

geöffnet.

Wir werden wie bisher bemüht sein unsere werthe Kundschaft aufs beste zu bedienen und bitten auch fernerhin um Ihren geneigten Zuspruch.

Gebr. Hensel.

Verordnung

über die Preise für Sommerungsfaatgut von Brotgetreide und Gerste. Vom 12. Januar 1920.

Auf Grund des § 10 der Verordnung über die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für Schlacht- und Nutzvieh vom 15. Juli 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 647) sowie auf Grund der Verordnung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) und vom 18. Aug. 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 873) wird verordnet:

§ 1.

Die in den §§ 15, 16 der Ausführungsbestimmungen über die Preise für Getreide, Hülsenfrüchte und Buchweizen vom 18. Juli 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 633) für Saatgut von Brotgetreide und Gerste festgesetzten Höchstpreise werden, soweit es sich um Sommergetreide handelt, wie folgt geändert:

Der Preis für die Tonne Sommerungsfaatgut darf nicht übersteigen:

- a) Bei Roggen und Gerste
 - für die 1. Abfaat 1015 M
 - " " 2. " 915 "
 - " " 3. " 815 "
 - für sonstiges Saatgut (Handelsfaatgut) 765 "
- b) bei Weizen, Spelz (Dinkel, Fesen), Emmer, Einkorn
 - für die 1. Abfaat 1065 M
 - " " 2. " 965 "
 - " " 3. " 865 M
 - für sonstiges Saatgut (Handelsfaatgut) 815 "

§ 2.

Die Zuschläge, die nach § 18 der Ausführungsbestimmungen über die Preise für Getreide, Hülsenfrüchte und Buchweizen vom 18. Juli 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 633) beim Weiterverlaufe von Saatgut neben den Saatguthöchstpreisen insgesamt genommen werden dürfen, werden auf 10 vom Hundert der Preise erhöht; diese Zuschläge umfassen auch die Zuschläge für Sade.

§ 3.

Soweit Saatgetreide der im § 1 bezeichneten Art nach Inkrafttreten dieser Verordnung auf Grund eines vorher abgeschlossenen Vertrags zu liefern ist, kann der Verkäufer an Stelle des Vertragspreises den aus § 1 sich ergebenden Preis, im Falle des Weiterverkaufs (§ 2) einen unter Berücksichtigung des § 2 erhöhten Preis, verlangen, sofern nicht der Käufer unverzüglich nach Stellung des verlangten Preises ablehnt. Lehnt der Käufer die Zahlung des erhöhten Preises ab, so ist der Vertrag so anzusehen, als ob der Käufer gemäß einem ihm zustehenden Rechte insoweit vom Vertrage zurückgetreten ist.

§ 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 12. Januar 1920.
 Der Reichswirtschaftsminister.
 In Vertretung
 Dr. Peters.

Vorstehendes bringen wir zur allgemeinen Kenntnis.
 Karlsruhe, den 31. Januar 1920. 368
 Bad. Bezirksamt Abt. II. O. S. 40

Feststellung von Kriegsschäden betr.

Auf Anordnung des Reichsministers des Innern ist für die nördliche Hälfte des Landes Baden (Kreis Offenburg noch ausgeschlossen) ein Ausschuss zur Feststellung von Kriegsschäden in Elsass-Lothringen mit dem Sitz in Karlsruhe eingerichtet worden. Seine Zuständigkeit umfaßt einschließl. die Feststellung der eigentlichen Kriegsschäden im Sinne des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1916, welche die in seinem Bezirke anwesenden in Elsass-Lothringen erlitten haben. Es soll aber noch in dem gleichen Umfange hinzukommen die Feststellung der Verdrängungsschäden und der Liquidationsschäden.

Die Geschäftsräume des Ausschusses befinden sich hier, Kreuzstr. 11, erster Stod. Ebenfalls im zweiten Stod befinden sich die Geschäftsräume des dem Ausschusse angegliederten Reichskommissars. 382

Karlsruhe, den 8. Februar 1920.

O. S. 43. Bad. Bezirksamt II.

Schafstraße in Eggenstein betr.
 Unter der Schafstraße des Karl Baumann von Eggenstein, 3. St. in Eggenstein auf der Winterweide, ist die Mauer ausgebrochen. 389

Karlsruhe, den 8. Februar 1920.
 Bezirksamt II. O. S. 47.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Wiener Kinderhilfe.

Die neuen Lebensmittelkarten für die Zeit vom 9. Februar bis 7. März werden für alle in Karlsruhe untergebrachten Wiener Kinder am

Montag, den 9. Februar,

vormittags 8-12 und 2-6 Uhr

auf unserer Geschäftsstelle Kreuzstraße 15, 3. Stod, Zimmer 27, ausgegeben.

Die Lebensmittelkarten sind mitzubringen.

Der Arbeitsausschuss für Wiener Kinderhilfe

Kreuzstraße 15.

An meine werthe Kundschaft!

Für das in den nächsten Tagen in Kraft tretende neue

Bestellschein-Verfahren

sind mir bis spätestens

Donnerstag, d. 12. Februar

die Lebensmittelkarten

die Fettkarten, sowie

die Haushaltungskarten

zur Abstempelung vorzulegen.

Indem ich meine werthe Kundschaft hiermit aufmerksam mache, bitte ich, mir auch ferner Ihr Vertrauen zu erhalten und falls eine Änderung bezüglich einer Karte gewünscht wird, mir dies bei diesen Anlässe gleichzeitig mitzuteilen. Die Abstempelung kann in jeder meiner Filialen bewirkt werden. 1688

Emil Bucherer

Badisches Landestheater.

Montag, den 9. Februar 1920. 387

Volks-Vorstellung

Nathan der Weise

Ein dramatisches Gedicht in fünf Akten von Lessing.

Anfang 7 Uhr. (M. Pr.) Ende 10 Uhr.

Theaterkulturverband Karlsruhe

Großer Rathssaal

Mittwoch, den 11. Februar 1920

spricht

Gehelmerat Max Marfersfeld

über:

Das Theater im neuen Deutschland

Anfang 1/8 Uhr abends. 1671

Preise der Sitzplätze: 4.- M., 3.- M., 2.- M., Stehplatz: 1.- Mark (ausschließl. Steuer).

Vorverkauf: Musikalienhandlg. Fritz Müller (Ecke Kaiser- und Waldstrasse).

Mitglieder des Theaterkulturverbandes erhalten in der Vorverkaufsstelle, die angeschlossenen Verbände (freie Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, Arbeiterbildungsvereine) in ihren Sekretariaten Sitzplätze zu halben Preisen.

Für kalte Tage

- Wollwaren
- Normalhemden
- Futterhosen
- Kinder-Sweater
- Kinder-Unteranzüge

Geschw. KNOPF.

Bach-Verein E. V.

Das erste Bachverein-Konzert in diesem Winter wird am 25. Februar d. Abends 8 Uhr im Saal des Musikvereins das Drama „Herales“ bringen.

Im zweiten Konzert wird am **Palmsontag, Nachmittags 3 Uhr** die **Bach'sche Passion** zur Aufführung gelangen. Die Chorproben für die Passion beginnen am **Dienstag den 10. Februar, abends 8 Uhr**, im Chorraum des Landestheaters.

Wir richten wie bei früheren Passion-Aufführungen an die fleißigen stimmbegabten Freunde erster Kunst die herzlichste Bitte, sich an dieser Aufführung recht zahlreich (auch als Gäste) zu beteiligen und so zum Gelingen einer recht würdigen Wiedergabe des erhabenen Tonwerkes in der Karwoche das höchste beitragen. Anmeldungen zur Mitwirkung werden in den ersten Chorproben entgegengenommen. Nächste Gesamtprobe für „Herales“ Donnerstag, 12. Februar. 1604

Bekanntmachung

Der ab 1. Februar 1920 gültigen von der Landesregierungsstelle festgesetzten

Kohlenpreise.

	frei Keller	offen vor's Haus	ab Orts-Lager	ab Hofen
Ruhrfettkohle	15.45	15.10	14.40	14.30
Ruhrfettkohle	16.—	15.65	14.95	14.85
Ruhr-Gehäckkohle	16.10	15.75	15.05	14.95
Ruhr-Gehäckkohle I und II nachgel.	16.45	16.10	15.40	15.30
Ruhr-Gehäckkohle III	16.40	16.05	15.35	15.25
Ruhr-Schmelzkohle III und IV	16.45	16.10	15.40	15.30
Weltere Schmelzkohle	15.50	15.15	14.45	14.35
Ruhr-Gehäck I und II nachgel.	17.50	17.15	16.45	16.35
Ruhr-Gehäck III	17.25	16.90	16.20	16.10
Ruhr-Anfrahkohle I	17.45	17.10	16.40	16.30
" II	18.70	18.35	17.65	17.55
" III	17.35	17.—	16.30	16.20
Anfrah II Langenbrunn	18.80	18.45	17.75	17.65
Gehäckkohle	20.10	19.75	19.05	18.95
Steinkohlebräun	20.05	19.70	19.—	18.90
Ruhrfettkohle	19.20	18.85	18.15	18.05
Ruhrfettkohle	20.70	20.35	19.65	19.55
Ruhrfettkohle I	20.75	20.40	19.70	19.60
" II	20.10	19.75	19.05	18.95
" III	19.80	19.45	18.75	18.65
" IV	20.75	20.40	19.70	19.60
Consolidations-Brechholz I	20.80	20.45	19.75	19.65
" II	20.15	19.80	19.10	19.—
" III	19.85	19.50	18.80	18.70
Unionbräun	18.05	17.70	17.—	16.90

Für Einwerfen in den Keller 10 Pfg. Zuschlag zu dem Preis für offen vor's Haus.

Für Lieferungen nach Weiertheim, Gulach 10 Pfg. und Kappur 15 Pfg. Fuhrlohnzuschlag der Zentner

Wiegengelb bei ganzen Fuhrn zu Kosten des Empfängers.

Alle Preise sind netto ohne Rabatt und sofort zahlbar. 378

Städt. Brennstoffamt.

Neue Preise für Milch und Milchzeugnisse.

Mit Genehmigung des Stadtrats beträgt von Dienstag, den 10. Februar d. J. an der Verbrauchspreis für

- Volllmilch in Flaschen 1.54 je Liter
- Volllmilch, offen 1.32 "
- Magermilch und Buttermilch 0.76 "
- Speisequart 2.40 " Pfund

Karlsruhe, den 7. Februar 1920.

Städtisches Milchamt. 379

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstraße 34, 1 Treppe = Fernsprecher 1846.

Jackenkleider

gute Stoffe, neueste Formen

Mark 78.— bis Mark 600.—

Ripsmäntel

Mark 150.— an.

1600

Zigarren- und Wickelmacherinnen

stellt ein 1608

F. W. Hartmann

Mathystraße 35. Mathystraße 35.

Geschäfts-Empfehlung

Ernst Keck, Schuhmachermeister

empfiehlt sich für erstklassige 1689

Mass- und Reparaturarbeiten

bei zuverläss. Bedienung und billig. Berechnung

Karlsruhe — Telef. 3406 — Kronenstr. 7

Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung

gegen Zahlung. Fundstücken vom 2. Vierteljahr 1919 und unbefestigte Fruchtgüter, am Dienstag, 10. Febr. 1920, vormittags 2 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend, in dem Versteigerungsraum, Karlsruhe, Hauptbahnhof (Eingang Maxaubahnhof), Karlsruhe, den 6. Februar. Rechnungsabred. Staatsdirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Ein Trost

für alle Leidensfüchtige, sowie für alle Blutarmer und Schwächliche ist unser Kraftnährpräparat „Thalrossin“ — Probepackung M. 4.— nebst Rezept und Ration, 3 Rationen M. 10.—, Versandgeschäft S. Kola, Langenbessen (Pfalz). Generell tüchtige Vertreter gesucht. 380z

Häuser

mit und ohne Geschäfte hier, und auswärts ebenso 2 und 3 Häuser, Wirtschaft, Güter, teils sofort beziehb. zu verkaufen. 1579

M. Busam

Regenstraße 34.

— Gerrenstraße 34. —

KAUFE

gebrauchte

1/1 Sektkorke

13 Pfg.

gebrauchte

1/1 Weinkorke

4 Pfg.

Korkenfabrik

W. Nelke, Breiten 1, B.

Aufkäufer werden gesucht. 843

Kleider

Schuhe, Möbel und sonstige Gebrauchsartikel kauft man billig im 1127

An- u. Verkaufsgeschäft

J. Glozer

Bähringerstr. 53a.

—————

Ausgekämmte 1600

Frauen-Haare

kauft zu höchsten Preisen

Richard Horn,

Damen- u. Herrenfriseur-

Geschäft, Rheinstraße 45,

Mühlburg.

Metallbetten

Stahl-,

Kinderbetten, Koffer an

Lebermann. Katalog frei.

Eisenmöbelfabr. Suß i. G.

Weinfässer

15-20 Stück neue oder

gebrauchte, aber gut

erhaltene Weinfässer

von ca. 80-180 Liter

Zug. zu kaufen gesucht

Rafinierenbau-

gesellschaft Karlsruhe

Karlsruhe i. S.